



Und ewig nagt der Baggerzahn

Tübingen im Konflikt zwischen Wohnungsknappheit und Ökologie

Eine Diskussionsveranstaltung
des *Bürgerprojekts Zukunft Tübingen – neu denken anders handeln*
und des *Ortsvereins der SPD Tübingen*

Tübingen ringt mit hohen Kosten für das Wohnen und gerät hierbei in Konflikt mit den Zielen des Naturschutzes, wenn es neue Flächen für den Wohnungsbau ausweist. Der *Ortsverein der SPD* möchte die verbliebenen landwirtschaftlichen Betriebe unterstützen, Streuobstflächen rund um die Stadt und die Teilorte erhalten aber auch Gewerbefläche und bezahlbaren Wohnraum schaffen. Dafür soll der Saiben mit Priorität bebaut werden. Für das *Bürgerprojekt Zukunft Tübingen* sind Landschaft und produktive landwirtschaftliche Flächen keine Verfügungsmasse für Bautätigkeit. Sie sind essenzielle Grundlage unseres Lebens. Zugleich stellt sich das Bürgerprojekt dem Problem der Wohnungsknappheit.

Die skizzierten Auffassungen lassen sich nicht ohne Weiteres in Übereinstimmung bringen, sie fordern vielmehr zur Diskussion heraus. Ausgangspunkt der Diskussion ist ein Vorschlag des Bürgerprojekts Zukunft Tübingen mit dem Titel: *Regionale Vernetzung - nationaler Ausgleich*. Das [Papier](#) liegt dieser Einladung bei und findet sich auch auf der [Homepage des Bürgerprojekts](#).

Es diskutieren per Videokonferenz zunächst:

Dr. Dorothea Kliche-Behneke

Tübinger Gemeinderätin und Landtagskandidatin der SPD und

Prof. Dr. Albrecht Müller

Bürgerprojekt Zukunft Tübingen

anschließend öffnet sich die Diskussion für die Teilnehmer.

Moderation: Gerd Müller und Uta Schwarz-Österreicher

Klinken Sie sich ein und diskutieren Sie mit: Termin:

20. Februar 2021, 20 - 22 Uhr

Link zur Videokonferenz: <https://zoom.us/j/92658691372>.

Der Link findet sich auch auf den Internet-Seiten des [Bürgerprojekts Zukunft Tübingen](#), des [Ortsvereins Tübingen der SPD](#) und von [Dorothea Kliche-Behneke](#).

„Regionale Vernetzung und nationaler Ausgleich“

Ein Ausweg aus dem Dilemma zwischen Wohnungsnot und Flächenverbrauch

Bei der Bürgerbefragung zu neuen Gewerbeflächen wurden die Befragten mit Varianten konfrontiert, die zusätzliche Gewerbe- und Wohngebiete für Tübingen vorsehen. Alle Varianten hatten erhebliche Nachteile: Einerseits die Beeinträchtigung von Wasserschutzgebieten andererseits der Verlust von Ackerflächen und die Verdrängung bedeutender Arten wie beispielsweise der Feldlerche (Rote Liste Baden-Württemberg, gefährdete Art). Deshalb muss die Stadt Tübingen nach neuen Wegen suchen.

Die Initiative fordert den Gemeinderat auf, Stadt- und Regionalplanung zu beauftragen, einen Plan zur Senkung Tübinger Bedarfe an Bauflächen zu erarbeiten, indem unvermeidliche Bedarfe an Bauflächen nach außerhalb von Tübingen verlagert werden. Titel: „Regionale Vernetzung“. Erst auf der Grundlage eines solchen Plans soll vom Gemeinderat entschieden werden, ob in Tübingen noch neue Baugebiete ausgewiesen werden.

Der auszuarbeitende Plan soll den notwendigen Flächenbedarf für

1. in Tübingen ansässige Betriebe,
2. Kliniken,
3. Forschungsinstitute,
4. Teile der Universität und den
5. Wohnungsbau

erfassen, sowie Möglichkeiten zur Deckung dieses Bedarfes in der Region aufzeigen. Der angestrebte Plan „Regionale Vernetzung“ soll in Zusammenarbeit mit den ansässigen Betrieben, Kliniken, Forschungsinstituten und der Universität erarbeitet werden.

Begründung

Wenn der Gemeinderat das nächste Mal in Tübingen über die Ausweisung neuer Baugebiete entscheiden soll, wird er vor der unerfreulichen Alternative stehen: Stimmt er zu, nimmt er die bekannten Folgen weiterer Bebauung in Kauf. Lehnt er ab, muss er sich mindestens drei Einwänden stellen: Er behindere die Entwicklung ortsansässiger Betriebe, er behindere den medizinischen und wissenschaftlichen Fortschritt, und er sei unsozial weil er nichts gegen die Wohnungsnot unternehme.

Wenn zu diesem Zeitpunkt ein von Stadt- und Regionalplanern ausgearbeiteter Plan „Regionale Vernetzung“ vorliegt, nimmt der Entscheidungsspielraum erheblich zu.

Im Folgenden sollen eventuelle Bedenken gegenüber dem anvisierten Vorhaben ausgeräumt werden.

- 1 Wenn Flächen außerhalb Tübingens überbaut werden, sei nichts gewonnen.

In Tübingen ist die Bebauung und Verdichtung so weit fortgeschritten, dass neue Baugebiete eine Entscheidung zwischen Feldlerche und Grundwasser erzwingen. Hier gerät eine Entwicklung allein durch Verdichtung an ihre Grenzen. Außerhalb von Tübingen ist ein solches Maß an Verdichtung noch nicht erreicht. Wenn in der Region keine geeigneten Flächen mehr zur Verfügung stehen, sollen

hinsichtlich des Naturschutzes unproblematische Flächenreserven in den wirtschaftlich weniger begünstigten Gebieten Baden-Württembergs und schließlich ganz Deutschlands genutzt werden.

2 Regionale Vernetzung verursache mehr Verkehr

Wenn die Arbeitsplätze zu den Menschen kommen, müssen die Menschen nicht mehr zu den Arbeitsplätzen kommen. Sie können dort wohnen, wo die Mieten und Wohnungspreise niedriger als in Tübingen sind. Dadurch wird der Einpendelverkehr verringert, sowie dem Ausbluten der Dörfer und Stadtteile durch fehlende Versorgungsstrukturen vor Ort entgegengewirkt.

3 Eine Auslagerung sei nicht möglich

Konkrete Beispiele der Vergangenheit zeigen, dass Auslagerungen von Betrieben möglich sind. Die Walter AG hat einen Teil ihrer Produktion nach Münsingen verlegt. Die Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten ist nach Mecklenburg-Vorpommern umgezogen. Die Klinikstrukturen waren in der Vergangenheit dezentraler. Nicht alle Kliniken sind auf unmittelbare räumliche Nähe angewiesen.

4 Mit der Auslagerung von Teilen der genannten Einrichtungen werden der Stadt Tübingen zusätzliche Steuereinnahmen für Tübingen verloren gehen.

Das trifft zu. Es handelt sich allerdings lediglich um *zusätzliche* Steuereinnahmen. Ein Absterben der vorhandenen Einrichtungen ist nicht zu befürchten, denn deren Entwicklungsmöglichkeiten sind durch die Vernetzung gewährleistet. Werden die Erweiterungen ausgelagert, entstehen Tübingen keine zusätzlichen Kosten durch zusätzliche Infrastruktur. Schließlich kann die Stadt auch einen Gewinn verbuchen: den Erhalt ihrer natürlichen Lebensgrundlagen.